

Schriftliche Frage des Abgeordneten Alexander Ulrich
vom 27. Juni 2022
(Monat Juni 2022, Arbeits-Nr. 6/346)

Frage

Inwiefern wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft und einer möglichen Fortführung des "Action Plan to combat CSEA" der G7 den besseren Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt auch dadurch umzusetzen versuchen, neue Pflichten für Onlineanbieter zur Erkennung und/ oder Entfernung von Inhalten auf ihren Kommunikationsplattform vorzuschreiben, und sofern von dem deutschem Vorsitz eine Erklärung für die zuständigen G7-Fachtreffen der Justiz-, Innen- und/oder Digitalminister vorbereitet wird, inwiefern enthält diese nach derzeitigem Stand die Aufforderung zu Pflichten für Anbieter von Onlinediensten hinsichtlich der technischen Umsetzung derartiger Maßnahmen?

Antwort

Für die Bundesregierung hat der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und die Verhinderung der Verbreitung von kinder- und jugendpornografischen Inhalten höchste Priorität. Die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche stellt daher ein wichtiges Vorhaben im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft dar. Die Zusammenarbeit mit den Anbietern von Onlinediensten spielt bei der Verhinderung und wirksamen Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche eine wichtige Rolle.

Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben beim G7-Gipfel in Elmau die G7-Innenministerinnen und -minister beauftragt, die Umsetzung des Aktionsplans („Action Plan to combat Child Sexual Exploitation and Abuse“), der im September 2021 unter dem G7-Vorsitz von Großbritannien beschlossen wurde, voranzutreiben. Bislang sieht der Aktionsplan keine explizite Verpflichtung von Onlinediensteanbieter zur Erkennung und/oder Entfernung von Inhalten auf ihren Kommunikationsplattformen vor. Im Zuge der Vorbereitung des G7-Treffens der Innenministerinnen- und -minister im November 2022 wird geprüft, wie neben der Umsetzung des Aktionsplans die Anbieter von Onlinediensten zur Erkennung und/oder Entfernung von Inhalten auf ihren Kommunikationsplattformen stärker in die Pflicht genommen werden können. Die G7-Digitalminister bekräftigen in ihrer Abschlusserklärung vom 11. Mai 2022, die Online-Sicherheit zu verbessern und illegale und schädliche Inhalte und Aktivitäten im Internet zu reduzieren, sowie die unter britischem G7-Vorsitz im Jahr 2021 begonnene Zusammenarbeit dazu fortzusetzen.

Sie fordern unter anderem Plattformanbieter auf, ihre freiwilligen Maßnahmen zur Förderung eines sicheren Online-Umfelds, insbesondere für Kinder, zu verstärken.